

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 37

Sonntag, den 12. September

1915

Da haben wir's.

Jene Kreise, die den „Burgfrieden“ nur für eine ge- lungene Einrichtung hielten, um ihr Süppchen ungeföhrt recht fett kochen zu können, sind bitterböse darüber, daß der Reichstag auf innerpolitischem Gebiete eine kleine und dringliche Aenderung des Reichsvereinsgesetzes beschlossen hat. Wären wir nicht in der Zeit des Burgfriedens, könn- ten sie kaum unverblümt ihre Herrschaftsgelüste äußern, die sich selbstverständlich nur in der Arena der Unfreiheit innerer Zustände tummeln können.

Schreibt da unter anderem die „Kreuzzeitung“: „Der Reichstag hat sich bis zum 30. November vertagt, nach- dem er in seiner letzten Sitzung noch die Novelle zum Vereinsgesetz angenommen und dann über die Pressezensur verhandelt hat. In- sangs bestand nicht die Absicht, die Aenderungen zum Vereinsgesetz schon im jetzigen Tagungsabschnitt vor das Plenum zu bringen. Wir wissen nicht, durch welche Einflüsse das dennoch geschehen ist, müssen nun aber erst recht aufrechterhalten, was wir schon aus Anlaß der Ausschusshandlungen über den Bruch des Burg- friedens durch Erledigung dieser Frage geschrieben haben. Das Vorgehen der Reichstagsmehrheit müßte zu weitertragenden Folgen führen, wenn ihren Beschlüssen nicht infolge der Sanktion der Regierung die politische Bedeutung abginge.“

So sicher die Konservativen ihres Einflusses auf die Regierung sich auch bewußt sein mögen, darin irren sie, wenn sie meinen, daß den Beschlüssen des Reichstages zum Vereinsgesetz „die politische Bedeutung ab- ging“. Gewiß, insofern die Regierung den Beschlüssen ihre Zustimmung nicht gibt und deshalb das Gesetz nicht perfekt wird, kann eine praktische Wirkung der neuen be- schlossenen Bestimmungen nicht eintreten. Aber ohne poli- tische Bedeutung bleiben die Beschlüsse deshalb nicht.

Vielleicht bekommen die Konservativen diese politische Bedeutung recht eindrucksvoll zu spüren, wenn die weitesten Volkskreise sehen, wie jeder Verbesserung der innerpoli- tischen Verhältnisse gerade die Konservativen den aus- gesuchtesten Widerstand entgegenstellen. Schon diese Ein- sicht im Volke würde von nicht geringer politischer Bedeu- tung sein. Denn sie führt zur Brechung des Widerstandes der Reaktionsäre. Aber auch die Agitation für die „Neu- orientierung innerpolitischer Zustände“ erhält durch die etwaige bundesrätliche Ablehnung nicht unwillkommene Nahrung.

Die offiziellen „Berliner Neuesten Nachrichten“ er- weisern sich über die Beschlüsse des Reichstages jedoch noch viel mehr; sie schreiben:

„Ist es darum durchaus verkehrt, jetzt einzelnes voranzu- nehmen und festzuliegen, bevor man weiß, ob überhaupt und wie es sich in den künftigen Gesamtrahmen einfügen wird, so muß es erst recht und grundsätzlich verworfen werden, die inner- politische „Neuorientierung“ ohne oder gegen die Kon- servativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen in die Wege zu leiten. Die aus Zentrum, Völkern und Sozialdemo- kratie bestehende Mehrheit, hat gestern der ersten Schritt in dieser Richtung unternommen, obwohl ihr vom Staatssekretär Verbrück mit Recht entgegengehalten wurde, daß diese Verhandlungen nicht den geringsten praktischen Wert hätten. Indessen kann den Mehrheitsparteien die tatsächliche Bedeutungs- oder Ausichts- losigkeit ihrer Beschlüsse zum Reichsvereinsgesetz auch nicht vor- gehalten gewesen sein. Denn aber war ihre Absicht rein demon- strativer Natur. Sie haben Wert darauf gelegt, schon heute zu be- legen, daß sie eine Neuorientierung ausdrücklich in ihrem Sinne fordern. Dagegen kann nicht tröstlich und laut genug Einspruch erhoben werden. Und vor allem: muß nicht zuerst die Sozialdemokratie selbst ein offenes Wort darüber sprechen, wie sie sich die künftige Gestaltung der Dinge denkt, wie sie es mit dem Klassenkampf, der Monarchie, dem Umsturz unserer Wirtschaftsordnung fortan halten will.“

Nach dieser Herzensergießung soll eine „Neuorientie- rung“ also erst von einer Revision der Parteiprogramme abhängen. Mit Verlaub — wie sieht es dann um die konservativen Grundsätze? Sollen die nicht auch davon betroffen werden?

Doch Scherz beiseite. Es ist mehr als naiv, eine Ent- wicklung der inneren Zustände nach fortschrittlicher Seite hin von Parteibekennnissen abhängig machen zu wollen. Man scheint wirklich in konservativen Kreisen nicht einzu- sehen, daß die Entwicklung über reaktionäre Hindernisse früher oder später hinweggeräumt, und oft gerade um so mehr Rückschläge hinwegzieht, je mehr es sich gegen bessernde Aenderungen stemmt.

Sollte die Regierung nach diesen konservativen Er- läußerungen nicht einsehen, daß sie nicht gut beraten war, als sie durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Verbrück eine Ablehnung der Beschlüsse des Reichstages durch den Bun- desrat andeuten ließ? Noch liegt es in ihrer Hand, dem Mißtrauen, das sich nach den Erklärungen des Staatssekre- tärs gegen die „Neuorientierung der inneren Politik“ an- häuft, einen Riegel vorzuschieben. Doch geben wir uns heute nicht die Illusion hin, daß das eintreten könnte, es wäre eher eine Ueberraschung für uns, wenn eine solche verständige Wendung eintrete.

Nach den neuesten Vorgängen inner- und außerhalb des Reichstages wird es nur immer klarer, daß der Einfluß der Rechten auf die Regierung unerträglich ist. Sogar

mürben die Konservativen kaum mit so unverhohlener Sicherheit und Schadenfreude die Ablehnung der Beschlüsse des Reichstages durch den Bundesrat als so etwas Selbst- verständliches bezeichnen. Und der Einspruch dagegen, daß die Neuorientierung der inneren Politik nach dem Sinne der Reichstagsmehrheit gerichtet werden muß, bestätigt nur diese anmaßenden Absichten der Konservativen. Soll etwa die „Neuorientierung“ nach dem Sinne der konservativen geringen Minderheit erfolgen? Diese Frage hat etwas Ueberwältigendes, aber im heiteren Sinne.

Doch, wir werden ja sehen, wie sich die Dinge ab- spielen.

Was kommen muss.

Die Sorge um den künftigen Profit beschleicht jetzt schon das Unternehmertum und zwar im Hinblick auf die höheren Löhne, die in einzelnen Industrien infolge dring- licher Kriegsarbeiten gezahlt werden müssen. Wenigstens geben Organe des Unternehmertums solcher Besorgnis Ausdruck, darunter die „Arbeiterzeitung“, die die Frage aufwirft, wie sich angesichts dieser Entwick- lung die Zustände nach dem Kriege gestalten werden, wenn der Arbeitsmarkt wieder sein normales Gepräge er- halten soll.

Man weiß dabei nicht, ob sich diese Sprachrohre des Unternehmertums nur so besorgt stellen, um weiteren Lohn erhöhungen entgegenzuwirken, oder ob sie wirklich in vager Unkenntnis der Arbeiter- und Unternehmervhält- nisse sich befinden sollten. Nur in den allerwenigsten Fällen entspricht die Lohnhöhung den Leunungsverhältnissen, so daß in diesen Fällen von einem Ausgleich die Rede sein könnte, d. h. daß die Arbeiterlage sich materiell nicht ver- schlechert hat. Aber in allen übrigen Fällen ist die Lage der Arbeiter während des Krieges verschlechtert worden. Die Leunung freist nicht nur alles an, sie verhindert die Arbeiter, eine Reihe von Bedürfnissen zu decken, z. B. in der Kleidung, wie auch wirkliche leibliche Bedürfnisse. Man tröstet sich mit der Hoffnung auf baldige Wende und glaubt, daß es dann besser werde. In dieser Erwartung trägt man die Entbehrungen.

Wer die Arbeiterverhältnisse kennt, der muß sagen, daß in dieser Entsagung ein Heroismus liegt, wie man ihn kaum bei einer anderen Bevölkerungsklasse findet. Auch das wird auf das Konto dessen, was die Arbeiterklasse in diesem Kriege für das Vaterland geleistet hat, gesetzt werden müssen.

Aber die Sache liegt doch anders. In den meisten Fällen heimst das Unternehmertum infolge hoher Kriegs- und milderischer Leunungspreise höhere Profite ein als sonst. Nachgewiesenermaßen überschreiten diese höheren Profite bei weitem das, was die Besitzer derselben selbst in Leunungspreisen wieder ausgeben müssen. Bei den allermeisten ist mindestens ein Ausgleich gegenüber der Leunung vorhanden, bei den Arbeitern jedoch nicht.

Wir glauben nicht Schwarzmalerei zu treiben, wenn wir jetzt schon behaupten, es fällt den Warenbesitzern nicht ein, die Preise nach dem Kriege auf den Stand vor dem Kriege zurückzuschrauben, daran hindert sie allein schon kapitalistisches Handeln, das jedenfalls nach dem Kriege sich noch ungebundener zeigen wird. Dann aber tritt der Unter- schied zwischen Lohnhöhung und Preiserhöhung dauernd zumungunsten der Arbeiter hervor. Sollten das die um den Kapitalprofit Besorgten nicht auch schon vorhersehen?

Dann liegt aber nicht der mindeste Grund zur Sorge um die höheren Arbeitslöhne vor, vielmehr ist jetzt schon die Frage, ob nicht eine weitere Erhöhung der Löhne kommen muß, wenn das Kulturniveau der Volksmassen nicht herabgedrückt werden soll.

Vom nationalökonomischen Standpunkt betrachte: zeigt die Sorge um höhere Löhne nur das Nichtverständnis für die Vorbedingungen zu einer höheren Entwicklung der deutschen Industrie, überhaupt der deutschen Arbeit. Man rühmt während des Krieges ausnehmend die Konkurrenz- fähigkeit deutscher Waren. Nun wohl, soll sie erhalten und noch weiter erhöht werden, dann bedarf es in erster Linie guter Löhne, die die Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter fördern. Die Gediegenheit deutscher Produkte ist hiervon abhängig. Und außerdem wird wieder die ge- samte Produktion gekräftigt, je besser und befriedigender die Arbeitermassen ihre Lebens- und Kulturbedürfnisse decken können.

Von diesen einfachen Wahrheiten wollen aber die Kritiker der höheren Arbeitslöhne nichts wissen, sonst können sie natürlich nicht für die Erzielung höherer Pro- fite eintreten. Für sie ist die einfachste Lösung zur Erin- nerung höherer Löhne die: Hohe Preise und nie- drige Arbeitslöhne. Diese Lösung ist einfach, aber plump. Die Arbeiter werden jedoch für eine andere Lösung sorgen.

Frauenpflicht.

Der Krieg hat dem wirtschaftlichen Leben unvorher- gesehene Wendungen gegeben. Es geschehen jetzt Dinge, die wir nicht erwartet haben, die uns aber zeigen, wie sehr wir uns noch rühren müssen, sie im Sinne einer höheren Kultur entweder umzugestalten oder zu beseitigen. Man kann natürlich nicht sagen, daß die Bedeutung der Frau im wirtschaftlichen Leben bisher gering war; der Kapitalis- mus hat sich immer bemüht, die weibliche Arbeitskraft in der Industrie, in Handel und Verkehr, wie überhaupt in allen Erwerbszweigen, zu vermehren. Der Profit war und ist die Triebfeder dieser Erscheinung. Die Statistik zeigt uns namentlich in den letzten Jahren eine immer größere Steigerung in der Aufnahme der Frauen am Erwerb, so daß man eigentlich nicht hätte glauben können, daß diese Steigerung noch zu übertreffen sei. Doch der Krieg hat neue Hunderttausende Frauen dem Erwerbleben, vor allem der Industrie zugeführt. Auch in der Tabakindu- strie, in der die Vermehrung der Frauenarbeit bisher schon stark aufgefallen ist, sind unzählige neue weibliche Arbeits- kräfte während des Krieges angeleitet worden und werden es noch, und die Statistik wird das auch gelegentlich zum Ausdruck bringen. Aus mancher Industrie wird ja nach dem Kriege wieder eine gewisse Verminderung der Frauen- arbeit zu melden sein, immerhin bleibt die Tendenz des Kapitalismus, die weibliche Arbeitskraft, die sich während des Krieges fast überall so gut bewährt hat, auszunutzen, in verstärkter Weise bestehen. In der Tabakindustrie, in der wir auch in normalen Zeiten die stetige und starke Vermehrung der Frauenarbeit kennen, können wir damit rechnen, daß ein irgendwie merkbarer Rückgang nicht ein- treten wird. Wenn wirklich nach dem Kriege eine Zeit schlechten Geschäftsganges kommen sollte und Arbeitskräfte aus der Tabakindustrie hinausgedrängt werden, so werden gewiß verhältnismäßig ebenso viel Männer als Frauen hinausgedrängt werden.

Hat aber die Frauenarbeit so plötzlich eine größere Bedeutung angenommen, so soll und muß dieses in der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen. Die organisierte Arbeiterchaft kann und will den Frauen den Eintritt in das Erwerbleben nicht wehren, obgleich sie sich bewußt ist, daß damit Gefahren nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für die Häuslichkeit und für das ganze kommende Geschlecht verbunden sind, aber die organi- sierte Arbeiterchaft darf unter allen Umständen eine stärkere Beteiligung der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung erwarten.

In allgemeinen ist es die billigere Arbeitskraft der Frau, die den Kapitalismus zu vermehrter Anwendung der Frauenarbeit treibt. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, den Lohn nicht nur auf seiner bisherigen Höhe zu er- halten, sondern ihn ständig zu steigern, denn ohne Frage steigt auch ständig der durch Arbeit geschaffene Reichtum. Die Arbeiterchaft soll nicht zum Entzagen da sein, sondern sie hat ihren vollen Anteil an den erzeugten Gütern zu be- anspruchen. Kommt aber plötzlich eine verstärkte Anwen- dung billiger Arbeitskräfte in Frage, so leidet darunter die Gesamtheit, indem das bisherige Lohnniveau herabgesetzt, mindestens aber die Erhöhung desselben gehindert wird. Ueber die Zeiten sind wir hinaus, daß der Arbeiter und die Arbeiterin demütig und dankbar zu sein haben, wenn der Unternehmer sie beschäftigt. Es soll sich beim Eingehen eines Arbeitsverhältnisses um einen zwischen Arbeiter und Unternehmer geschlossenen Vertrag, nicht um einen Gnadenbeweis des Unternehmers handeln. Und bei diesem Vertrag sollen Arbeiter und Arbeiterinnen sehen, daß sie zu ihrem Recht kommen. Ihr Recht ist aber zunächst ein- mal der übliche und kein geringerer Lohn; ihr Recht ist weiter eine fortgesetzte Lohnsteigerung, gemäß ihrer sich erweiternden kulturellen Bedürfnisse. Also ist das Lohn- niveau ständig zu verändern, und zwar nach oben hin.

Da nun der einzelne Arbeiter oder die Arbeiterin hierzu nicht in der Lage ist, müssen sie sich zusamen- schließen und gemeinsam handeln. Die Kraft zum Handeln auf gemeinsamer Grundlage gibt ihnen ihre eigene Be- deutung im heutigen Wirtschaftsleben. Arbeiter und Arbeiterinnen sind eben unbedingt nötig, wenn der Kapitalismus Waren erzeugen will. Verwendet der Kapitalismus mehr männliche als weibliche Arbeiter, so liegt es natürlich den männlichen Arbeitern in der Haupt- sache, die Interessen der Gesamtheit zu vertreten, selbst- verständlich unter voller Mitwirkung des weiblichen Teils der Arbeiterchaft. Umgekehrt müssen die weiblichen Arbeiter die größeren Pflichten in der Vertretung der Arbeiter- interessen übernehmen.

Wie steht es nun nach dieser Richtung in der Tabak- industrie? Tun die Frauen in der Vertretung der Arbeiter- interessen dort ihre volle Schuldigkeit? Die Frage muß zurzeit leider mit Nein! beantwortet werden. Es kommen gegenwärtig auf 100 Tabakarbeiter etwa 60 weibliche

und 40 männliche. Der Krieg hat dieses Verhältnis noch weiter zugunsten der Frauen beeinflusst. Also überwiegen die weiblichen die männlichen Tabakarbeiter bei weitem. Würden nun die weiblichen Tabakarbeiter ihre und die Gesamtinteressen der Tabakarbeiter ebenso vertreten wie die männlichen, so müßten von 100 Mitgliedern unseres Verbandes mindestens 60 Frauen und 40 Männer sein. Das ist aber nicht der Fall. Der letzte Jahresbericht unseres Verbandes zeigt uns, daß die Zahl unserer weiblichen und männlichen Mitglieder ungefähr gleich ist. Also ist es nötig, daß unsere Mitglieder, und dazu sind vor allem unsere weiblichen Mitglieder berufen, ihre Arbeitsschwierigkeiten veranlassen, gegenüber sich und der gesamten Tabakarbeiterchaft ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun und sich unserem Verbands anzuschließen. Niemals war es notwendiger, sich der Organisation anzuschließen, als wie jetzt! Der Krieg hat uns böse Zeiten gebracht, sollen wir alles bis zur Neige kosten, ohne uns dagegen zu wehren, wenn es möglich ist? Manche unserer Zahlstellen beweisen uns, wie auch unsere Kolleginnen verstehen, tatkräftig das Wohl der Tabakarbeiterchaft durch das Werben neuer Mitglieder für die Organisation zu fördern. In anderen Orten kümmert man sich aber um nichts, schimpft aber auf die Verhältnisse wie ein Mohrpaß. In manchen Zahlstellen halten es sogar die männlichen Mitglieder nicht einmal für nötig, die weiblichen Tabakarbeiter zum Beitritt zum Verbands zu bewegen. Als wenn nicht alle, die zusammen leiden, auch zusammenstehen und kämpfen müssen, wenn es besser werden soll!

Ihr Frauen und Mädchen in der deutschen Tabakindustrie habt die große Pflicht, mehr als bisher die Berufsinteressen zu wahren. Diese Pflicht wird mit dem Eintritt jeder neuen Arbeiterin in unsere Industrie größer. Ihr habt schon, wie alle deutschen Arbeiterinnen, so viel geleistet in dieser Kriegszeit, und alle Welt lobt euch dafür; nun, so verdient euch doch in eurem eigenen Interesse das Lob, vor allem treu und tapfer für die Sache der Arbeiter, für die Organisation, gearbeitet zu haben!

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg u. Umg. Die Firma **Max Krause** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Stolberg (Harz). Die Firmen **Böhling u. Mühle, Gothe u. Komp.** gewährten ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Frankenhausen am Kyffh. Die Firma **Rabener u. Beder** erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 25 % pro Mille und die der Widelmacher um 20 % pro Mille. Der Betrag aus einer weiteren Lohnerhöhung von 5 % pro Mille wird den Sortierern und den im Tagelohn beschäftigten Arbeitern gezahlt. Die Firma **Schellhaas u. Söhne** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Oberlungelbach bei Schwelge. Die Firma **Berner Zeu** erhöhte die Löhne um 50 % pro Mille.

Schnellmannshausen. Die Firma **Böhle u. S.** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Dietesheim. Die Firma **Gebr. Gibbrich** entsprach den Wünschen der Arbeiter und erhöhte die gemachte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Lohnes.

Reusprett. Die Firmen **Dab. Bauer, Fr. Grindler, Friedr. Unger** gewährten ihren Arbeitern eine Teuerungszulage. Diese beträgt bei der Firma **D. Bauer** 20 % pro Mille für Koller und 20 % pro Mille für Widelmacher und bei der Firma **Fr. Grindler** 40 bis 70 % pro Mille für Koller, für Handarbeit 1 % pro Mille und 20 % pro Mille für Widelmacher. Die Verbesserung des Lohnes bei der Firma **Friedr. Unger** beträgt 30 % pro Mille für Koller und 20 % pro Mille für Widelmacher.

Johanngeorgenstadt. Die Firma **H. G. Böhm** (Eig. Leipzig) gewährte ihren Arbeitern eine zehnprozentige Teuerungszulage.

Leipzig. Die Firma **Ernst Krübler** gewährte ihren Arbeitern eine zehnprozentige Teuerungszulage.

Meißen. Die Firma **Otto Schuster** gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage. Die Firma **Jalobi** dagegen ließ sich bis heute nicht bewegen, den Wünschen ihrer Arbeiter zu entsprechen.

Zur Frage: Petroleum für Hausarbeiter.

In der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter berichteten wir über Eingaben unserer Hamburger Gauleitung an verschiedene Behörden wegen Beschaffung von Petroleum für Hausarbeiter. Daraufhin hat der Senat von Hamburg die Gewerbeinspektion beauftragt, ihm Vorschläge über die Regelung der Petroleumfrage für die Zigarrenhausarbeiter zu machen. Es fand dann eine Besprechung der Gewerbeinspektion mit der Gauleitung statt. Als zweckentsprechend wurde folgendes gehalten: Es sollen Petroleumkarten an die Hausarbeiter ausgegeben werden. Die Versorgung mit Petroleum soll von einem Hamburger Petroleumhaus erfolgen und findet die Abgabe an die Hausarbeiter in den Verkaufsläden des Konsumvereins „Produktion“ statt. Der Senat wird zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen.

Die Regierung in Schleswig hat dem Gauleiter die Eingabe mit dem Anheimgen zurückgereicht, sich an die zuständigen Gemeindebehörden zu wenden. Daraufhin sind die entsprechenden Eingaben an die Magistrate der Städte Altona, Wandersb. und Bredstedt und an den Landrat in Pinneberg gerichtet worden.

Die Regierung in Stade teilte mit: „Auf Ihre Eingabe vom 18. d. M. betr. Petroleumbeschaffung, teile ich mit, daß ich die Herren Landräte in Achim, Alvensleben, Osterholz und Verden darauf hingewiesen habe, daß Bedürfnisse an Petroleum bei der Zentralstelle für Petroleumverteilung, z. B. des Herrn Frig. Hoyer, Berlin

NW. 6, Schiffbauerdamm 15, angemeldet werden könnten, und ich stelle Ihnen anheim, sich mit entsprechendem begründeten Anträgen an die bezeichneten Herren Landräte zu wenden.“ Die Gauleitung hat daraufhin je eine Eingabe an die genannten Herren Landräte gerichtet.

Die Regierung in Lüneburg hat bis jetzt noch nicht geantwortet. Der Herr Landrat zu Achim hat unserer Gauleitung zum Zwecke entsprechender Verwendung bei der Zentralstelle für Petroleumverteilung folgende Bescheinigung ausgefertigt: „Im Kreise Achim wohnen einige hundert Tabakheimarbeiter, die in der kommenden dunklen Zeit mit Petroleum versorgt werden müssen. Es wird daher wünschgemäß bescheinigt, daß die Versorgung der Tabakarbeiter mit Petroleum aus wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich ist. Buzzeit ist Petroleum nicht oder nur in einzelnen Verkaufsstellen zum Preise von 62 % für das Pfund zu haben. Diese Preise kann der Zigarrenmacher nicht bezahlen.“

Der Herr Landrat zu Osterholz teilte unserer Gauleitung folgendes mit: „Bevor Ihr gefl. Schreiben vom 30. August 1915 hier einging, hatte ich mich bereits an die Zentralstelle für Petroleumverteilung in Berlin wegen Lieferung von Petroleum an die im hiesigen Kreise vorhandenen Tabakarbeiter gewandt. — Es ist mir nun heute mitgeteilt worden, daß seitens der Reichsleitung die Frage, in welcher Weise den Heimarbeitern am zweckmäßigsten beschränkte Mengen Petroleum geliefert werden können, in Kürze durch die Zentralbehörde geregelt sein und daß deshalb empfohlen würde, daß Weiter in dieser Hinsicht zunächst abzuwarten. Ich werde die Angelegenheit im Auge behalten.“

Und auf die Eingabe der Gauleitung an die Zentralstelle für Petroleumverteilung in Berlin ging ein Schreiben mit nachstehendem Inhalt ein: „Von Ihren gefl. vorgelegten Ausführungen haben wir besten Kenntnis genommen. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß in bezug auf die teilweise zu ermöglichende Versorgung der Heimarbeiter mit Petroleum von der Reichsleitung in Kürze Maßnahmen getroffen werden, mit deren Durchführung sich die Bundesregierung resp. Zentralbehörde zu befassen haben werden, können wir die Ihnen erwünschte Petroleumlieferung nicht ohne weiteres veranlassen. Wir reichen Ihnen daher die uns eingefandte Bescheinigung wieder zurück, indem wir Ihnen anheimgeben, sich mit Ihrem Gesuch aufs neue an die zuständige Zentralbehörde wenden zu wollen.“

Demnach hat es die Reichsregierung übernommen, eine Regelung der Frage, wie die Hausarbeiter am zweckmäßigsten mit Petroleum zu versorgen sind, zu schaffen. Das scheint auch uns das Beste zu sein. Die Zentralbehörden, das sind die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten, können dann nach allgemein geltenden Grundsätzen ermögl. daß den Hausarbeitern eine hoffentlich genügende Menge Petroleum zugeteilt wird, damit sie nicht in dieser schweren Zeit an ihrem Erwerb Schaden leiden. Selbstverständlich können nur die behördlich festgesetzten Höchstpreise in Frage kommen. Besser wäre es noch, wenn zum Selbstkostenpreise geliefert werden würde.

Lieferung von Rauchmaterial im Felde.

Ein schlesischer Zigarrenarbeiter schreibt uns aus dem Schützenlager unterm 3. September folgendes:

Da ich gerade vom Posten abgelöst worden bin und über etwas freie Zeit verfüge, so will ich Dich auch mit einem Brief erfreuen. Mirs erste danke ich für die pünktliche Zusendung des Tabak-Arbeiter. Es ist doch schön, wenn man immer etwas von seinem Beruf erfährt. Dann habe ich mich auch tüchtig gestreut, als ich in der letzten Nummer gelesen habe, daß so viele neue Mitglieder gewonnen worden sind.

In der letzten Nummer schreibt der Kollege Gerloff so zutreffend von den Rauchwaren, welche wir im Felde bekommen. Ich fühle mich veranlaßt, der Sache auch noch ein paar Worte zu widmen. Von der Beschaffung der Qualität der Waren will ich Abstand nehmen, da schon Kollege Gerloff genügend gebrauchsmäßig hat, was es hier mitunter gibt. Ich würde mich aber sehr freuen, wenn der Kriegsminister der Eingabe des Zigarrenhändler-Verbandes zustimmen würde, so daß es den Truppen freigestellt sein soll, ob sie Tabakwaren oder Geld wollen. Als ich den Artikel aus dem Tabak-Arbeiter hier vorlas, haben mir viele Kameraden und Unteroffiziere zugestimmt. Die Verteilung des Rauchmaterials ist schon immer durcheinander. Die Verteilung geschieht korporationsweise. Jede Korporation erhält Zigaretten, Tabak und Zigaretten. Die Pfeifenraucher bekommen ein Päckchen Tabak und genau so viel Zigaretten und Zigaretten als wie andere. Unter den Zigaretten sind neben den im Werte von 1 und 2 % mitunter auch solche zu 3 %; da kommt es vor, daß einer 10 Stück à 1 % und der andere 10 à 3 % bekommt. Dabei stehen doch jedem Soldaten von der Heeresleitung bewilligt für 12 % Rauchwaren täglich zu. Und dann das Mädel, wie es mit der übrigbleibenden haben oder vierel Zigarette gemacht werden soll. Auch die Ersatzmannschaften werden gewöhnlich zu kurz kommen. Es ist auch für die Korporationsführer nicht leicht, die Sache für alle gleichmäßig zu regeln. Aus diesem Grunde stimme ich auch voll und ganz der Eingabe des Zigarrenhändler-Verbandes zu und würde mich freuen, wenn es in dieser Art und Weise geregelt würde.

Wir möchten auch Kollegen H. M. bitten, einmal die Gründe in Erwägung zu ziehen, die wir in der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter gegen die Ablösung der Lieferung von Rauchmaterial durch einen Gelbbetrag anführten. Wir können uns trotz der Mängel in der Verteilung der Tabakfabrikate noch nicht zu einer anderen Meinung bekennen. Selbstverständlich soll und muß jedem sein Recht werden, und so gut, wie einwandfreie Ware geliefert werden muß, so gut sind auch etwaige Mängel in der Verteilung zu beseitigen. Gewiß kann im Felde nicht immer alles nach dem Schnurden gehen, aber was möglich ist, muß gemacht werden. Vielleicht nehmen auch noch andere Kollegen, die im Felde stehen und aus der Praxis ihre Meinung bilden, das Wort zu dieser Frage, so daß aus der Erfahrung heraus sich eventuell Vorschläge in bezug auf die Verteilung fassen lassen.

Treue um Treue.

Die Mitglieder unserer Zahlstelle werden teilen uns mit, daß auch bei ihnen die Treue kein leerer Wahn ist und daß auch neben dem, was jeder einzelne für seine

Zum Heere eingezogenen Lieben tut, noch gemeinlich sich tätig getan wird, was möglich ist. Eingezogen worden sind bis jetzt von der Zahlstelle 48 Mitglieder. Zu Weihnachten haben die eingezogenen Mitglieder je ein Paket Zigarren und eine Flasche Cognac erhalten; die Frauen dieser Kollegen erhielten jede 2 oder 3 M. Zum Osterfest erhielten die im Felde stehenden Kollegen Zigarren und Wurst, die Kollegen in der Garnison Zigarren und 1 M. in bar. Zum Jahrestag des Krieges wurde den im Felde stehenden Zigarren und Wurst- oder Fleischwaren geschickt; die Kollegen in der Garnison erhielten auch ein Paket Zigarren, dazu 1,50 M. in bar. Außerdem hat die Zahlstelle ihre im Felde stehenden Mitglieder bei der „Volkspflege“ mit je einem Anteile von 5 M. versichert. Die Kosten trägt die Lokalkasse. Freilich, auch die Verbener Kollegen hat den Wunsch, mehr tun zu können. Aber Tabakarbeiter müssen sich sehr nach der Decke strecken. Auch die Verbener Kollegen wünschen nicht, daß wir von ihrer Treue zu ihren Brüdern im Waffenrod viel Gerede machen. Das ist auch nicht der Zweck dieser Zeilen, wenn wir auch wünschen, daß es überall so oder ähnlich sein möchte. Es ist etwas Schönes um die Treue der Armen zueinander. Unseren Kollegen im Heere, und namentlich jenen, die nun Jahr und Tag draußen im wilden, mörderischen Kampf stehen, tut es wohl, wenn ihrer in der Heimat in Liebe und Treue gedacht wird. Schlicht und innig drücken sie es in wenigen Worten aus, was sie empfinden. Auch in diesem Fall nur ein paar Feldpostkarten herausgegriffen: „Soeben erhalte ich zwei Pakete, wozu ich mich sehr gefreut habe, und sage meinen herzlichsten Dank. Hoffentlich lehre ich noch mal zurück und dann will ich dem Verband treu bleiben und mit doppelter Kraft für alles Gute eintreten.“ — „Ich bin aufrichtig gerührt von so viel Treue und Aufmerksamkeit von seiten meines geliebten Verbandes, und versichere hiermit aufs neue, daß ich, wenn ich glücklich wieder heimkehre, stets ein treues Mitglied bleiben werde.“ — „Für das liebe Paket sage allen, die dazu beigetragen haben, meinen herzlichsten Dank. Es ist immer eine besondere Freude, wenn man etwas aus der Heimat bekommt. Es ist doch immer ein Zeichen, daß die Kollegen in der Heimat auch unser gedenken.“ — „Die beiden Pakete habe ich erhalten und mich sehr dazu gefreut. Vielen Dank auch für die beigefügten drei Nummern des Tabak-Arbeiter; habe ich doch denselben seit einem Jahre nicht mehr gesehen. Es ist doch ein schönes und erhebendes Gefühl, einer Organisation anzugehören, die, wenn es mal kockt, und überhaupt immer, hinter einem steht und auch jetzt in dieser schweren Zeit an uns denkt und für uns sorgt. Sollte ich glücklich wieder heimkehren, dann werde ich immer ein treues und dankbares Mitglied sein und bleiben. Hoffentlich ist der langersehnte Friede nicht mehr fern!“

Friede! Möchte doch bald der Tag kommen, an welchem wir all unsere braven Kollegen aus dem Felde mit offenen Armen empfangen können!

Deutschland und der brasilianische Tabakhandel.

In dem Nebenblatt der Vereinigten Tabak-Zeitungen, „Die Norddeutsche Zigarren-Industrie“, findet sich folgende mit E. L. unterzeichnete interessante Notiz über die Beziehung Deutschlands zum brasilianischen Tabakhandel, interessant gerade mit Rücksicht auf den Krieg und die Erschwerung der Einfuhr ausländischer Waren in Deutschland. Die Notiz lautet:

Die brasilianische Regierung unterhält in Genf ein Bureau, das sich die Aufgabe gestellt hat, die europäischen Staaten über die Geschäftsmöglichkeiten mit Brasilien zu unterrichten und alle jene Informationen zu geben, die zur Anknüpfung von Geschäften nötig sind. Dieses Bureau veröffentlicht monatlich eine Reihe von Aufträgen und bringt in seiner letzten Nummer auch eine Abhandlung über die Verhältnisse des Tabakhandels in Bahia. In der Uebersetzung lauten diese Ausführungen wie folgt: „Es wird berichtet, daß den deutschen Firmen in Bahia von deutscher Seite ein Kredit von einer Million eingeräumt worden ist, damit den Deutschen die Vorherrschaft im Tabakhandel bewahrt bleibe. Die französische Tabakregie hat wohl in Bahia selbst Einkäufe besorgt, aber gegungenermaßen durch Vermittler, die zu 80 Prozent von den deutschen Firmen in Bahia abhängen. Die französische Tabakregie war in einer Zwangslage. Der brasilianische Produzent ist nämlich genötigt, seine ganze Ernte en bloc zu verkaufen und läßt sich nicht darauf ein, die Qualitäten zu klassifizieren. Da aber die französische Tabakregie nur bestimmte Qualitäten gebrauchen kann, so war sie gezwungen, sich indirekt der deutschen Vermittlung zu bedienen. Der Tabakbauer in Bahia kennt nicht weniger wie vierzehn verschiedene Qualitäten. Aber statt für eine gute Sortierung zu sorgen, zieht er es vor, einen Durchschnittspreis zu nehmen. Der Ankauf der Ernte durch deutsche Firmen geschieht fast immer durch Vermittlung eines brasilianischen Reisenden, die sie nach dem Innern des Landes schicken. Die Deutschen unterhalten große Räume, in denen sie die Sortierung der Tabake vornehmen und insoweit in der Lage sind, jedem Käufer diejenigen Qualitäten zu liefern, die er für seine Zwecke benötigt. Diejenigen Tabake, die in Bahia nicht von der deutschen Firmen untergebracht werden können, finden in Deutschland gute Abnehmer, wo, wie es scheint, man auf die Qualitätsfrage weniger Gewicht legt. Jetzt, nach dem Kriegsausbruch, ist es den Deutschen gelungen, große Mengen Tabak zu erhalten durch Vermittlung von Firmen in Portugal. Es genügt, die Tabakwerte festzustellen, welche via Lissabon und Oporto seit Kriegsausbruch gegangen sind, um zu verstehen, welcher Weg eingeschlagen worden ist, um den deutschen Tabakimporteuren die Möglichkeit von Bezügen zu geben. Auch geht es aus unseren Mitteilungen hervor, daß es die Deutschen verstanden haben, sich das Monopol auf den brasilianischen Tabakmärkten auch weiterhin zu erhalten.“

Soweit der brasilianische Bericht. Für unseren Teil möchten wir hinzufügen, daß es doch äußerst schmerzhaft für die deutsche Tabakindustrie ist, hier offiziell festgestellt zu sehen, daß es ihr gelungen ist, trotz der nicht unbedeutenden Schwierigkeiten, die ihnen von den Engländern gemacht werden, ihren Bedarf an brasilianischem Tabak nach wie vor zu decken. Es ist die Mitteilung beifügt, daß die deutsche Monopolstellung nur weiter beizubehalten war durch die Eröffnung eines Kredites von einer Million in Bahia, können wir dahingestellt sein lassen. Wir glauben aber, daß es sich hier um eine bloße Vermutung handelt. Denn es ist nicht recht einzusehen, weshalb es in dem neutralen Brasilien den deutschen Kaufleuten unmöglich gemacht sein soll, im Lande selbst Geschäftoperationen durchzuführen. Im übrigen sind in Brasilien große Finanzinstitute rein deutschen Charakters etabliert, die gewiß dafür gesorgt haben, daß der deutsche Handel dort nicht in Verfall gerate. E. L.

Das schwedische Tabakmonopol als Lohnrücker.

Dem Hamburger Echo wird geschrieben:

Die schwedischen Tabakarbeiter sind seit einer Reihe von Jahren besonders schlecht gestellt gewesen, und der Grund dazu ist zu suchen in der ungeheuren Spekulation, welche mit der Produktion der Tabakindustrie sowohl von Seiten des Staates, als auch von dem Privatkapital getrieben worden ist. Wie früher schon berichtet, hat man in Schweden im vorigen Jahre die Monopolisierung der Tabakindustrie durchgeführt (im Tabak-Arbeiter ebenfalls berichtet), und zwar auf die Weise, daß das alleinige Recht auf Herstellung von Tabakwaren einer privaten Gesellschaft übertragen wurde. Aber diese muß dem Staat für dieses Recht so kolossale Abgaben entrichten und steht unter einer so scharfen Staatskontrolle, daß das Monopol in Wirklichkeit halb staatlich und halb privatkapitalistisch ist. Dazu kommt, daß die Tabakfabrikanten, deren Betriebe in den Besitz der Monopolgesellschaft übergegangen sind, es verstanden haben, sich eine ordentliche Entschädigung bezahlen zu lassen. Infolgedessen ruhen jetzt auf der schwedischen Tabakindustrie ungeheure Kapitallasten. Der Staat und die Monopolgesellschaft sind daher aufs eifrigste bestrebt, den höchstmöglichen Ertrag aus der Fabrikation und dem Markte herauszuquetschen und gehen mit der größten Rücksichtslosigkeit zu Werke. Bei der Durchführung des Monopols und der Ordnung des Uebergangs zum Monopolbetrieb unter Staatsaufsicht ist man darauf ausgegangen, eine noch intensivere und widerlichere Ausbeutung der Arbeiter als je zuvor einzuführen. Hier wie überall, wo eine Industrie zum Vorteil des Staates und der Kapitalisten vollständig ausgemergelt werden soll, geht es in erster Linie über die Arbeiter hinaus. Und in Schweden waren doch die Tabakarbeiter durch viele Jahre hindurch den schwierigsten Verhältnissen ausgesetzt auf Grund der Verhandlungen über und der Vorbereitungen zu der nun durchgeführten Ordnung. Die Frage der Tabaksteuerung lag seit 1904 wie ein Alp auf der schwedischen Tabakindustrie und schaffte eine dauernde Unruhe in diesem Berufe, die es den Arbeitern unmöglich machte, ihre Lage zu verbessern. Diese Spannung, welche alle Lohnbewegungen zum Stoden brachte, dauerte fort und wurde noch erhöht, da der Monopolgedanke im Jahre 1911 ausgeformt und der Tabakzoll in Verbindung damit debattiert wurde. Die Unsicherheit im Gewerbe hielt auch in den folgenden Jahren an, und man wartete beständig auf eine Lösung der Frage. Die Arbeiter mußten mit Rücksicht hierauf ihre alten Tarife verlängern, trotzdem eine Milderung in ihren Arbeitsverhältnissen und eine Verbesserung ihrer Löhne höchst notwendig gewesen wäre. Gegen Ende des vorigen Jahres wurde endlich das Monopol in der oben bezeichneten Gestalt eingeführt, und zwar auf eine Weise, durch welche die Arbeitsverhältnisse, die sowieso schon so schlecht wie nur möglich waren, noch unerträglich wurden.

Vor allen Dingen wurde ein großer Teil der Arbeiter auf die Straße geworfen — eine Folge der Umgestaltung der Fabrikation. Es wurde zwar gesagt, daß diese Entlassungen nur vorübergehender Natur seien, allein die „Uebergangsperiode“ zog sich in die Länge und dauert jetzt noch fort. Natürlich entstand unter den Arbeitern eine große Notlage. Die von der Monopolverwaltung ausgearbeitete Arbeitsordnung brachte eine Herabsetzung der Affordränge, und diese wurden außerdem noch reduziert um nicht weniger als 30 Prozent für Arbeiter unter 18 Jahren. Weiter wurde die wöchentliche Arbeitszeit um sechs Stunden verlängert und den Arbeitern Minimallohne von 25 bis 30 Öre pro Stunde „garantiert“. Allerdings werden dafür solche Minimalleistungen von den Arbeitern verlangt, daß sie mehr arbeiten müssen als unter den geltenden Affordrängen. Dazu kommt noch eine eigenartige Arbeitsverteilung, infolge welcher tüchtige Arbeiter in der einen oder anderen Branche mit Arbeiten beauftragt werden, in denen sie ungeübt sind und infolgedessen kaum das trockene Brot verdienen können. Endlich wird verlangt, daß die alten, erprobten Arbeiter in Gegenwart der Werkmeister Probearbeiten ausführen müssen, trotzdem sie vielleicht ein ganzes Menschenalter hindurch dieselbe Arbeit tagtäglich ausgeführt haben und für ihre Tüchtigkeit und Brauchbarkeit bekannt sind. Die Lohnreduktionen sind von solcher Art, daß die Arbeitsmenge, welche bisher mit 12 Kronen bezahlt wurde, nun nur noch 11,50 Kronen einbringt und anstatt bisher 13,50 Kronen werden nur noch 12 Kronen bezahlt; weiter anstatt früher 14,50 Kronen nun 12,50 Kronen und früher 16,50 Kronen jetzt nur noch 13,50 Kronen usw.

Diese hier geschilderten elenden Verhältnisse lassen es begreiflich erscheinen, daß unter den schwedischen Tabakararbeitern eine starke Gährung entstanden ist, die über kurz oder lang in einen offenen Kampf ausarten muß. Die Lage dieser Arbeiterkategorie ist durch das Tabakmonopol und die aus diesem resultierenden vermehrte Ausbeutungssucht, welche der Staat und die Monopolgesellschaft gemeinsam betreiben, so jämmerlich und elend geworden, wie man sie in Schweden in der neueren Zeit als überstanden betrachtet hatte. Doch die nächste Zukunft wird es zeigen, daß die schwedischen Tabakarbeiter nicht gewillt sind, sich alles bieten zu lassen, und in ihrem Kampfe gegen die ausbeutungsgierige Monopolwirtschaft steht ihnen die übrige skandinavische Arbeiterchaft solidarisch zur Seite.

Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer.

In der Deffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: Der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentral-Komitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plane anstrebt.

Wenig hat das Militärmedizinwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven Kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Insbesondere sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medico-mechanischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bäder- und Brunnenkuren eingeletzt werden.

Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Friedensschluß eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverbande entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Schätze unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß. Viele Tausende werden noch jahrelang die erste Kur wiederholen müssen, um die im Kriege, namentlich durch die aufreibenden Strapazen des Winterfeldzuges und des neuzeitlichen Stellungskampfes erlittenen körperlichen Schädigungen auszugleichen.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentarier aller Parteien, auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung, angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird.

Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unseren tapferen Kriegern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitsfähige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kriegsteilnehmer können schon jetzt durch die Abteilung IX des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, Berlin, Herrenhaus, in Kurorten untergebracht werden. Diese Abteilung hat in großzügiger Weise mit allen in Betracht kommenden Bädern und Kurorten Abmachungen getroffen, um den bedürftigen Kranken und kranken Kriegsteilnehmern die hervorragenden Kurmöglichkeiten Deutschlands tunlichst kostenlos als vollberechtigten Kurgästen in weitestem Maße zu erschließen und durch rechtzeitig und richtig eingeleitete Heilbehandlung Hunderttausende siecher und sorgenvoller Invaliden in ebenso viele arbeitsfähige und arbeitsfreudige Volksgenossen zu wandeln.

Es liegt sowohl im Allgemeininteresse als in dem des Kriegsteilnehmers selbst, keine Zeit ungenutzt zu lassen, die hier gebotenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Die deutsche Arbeiter-Versicherung im Jahre 1913.

Die Unfallversicherung.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung kommen als Versicherungsträger in Frage die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, ferner die staatlichen, kommunalen und provincialen Behörden für Verkehr und Bauausführungen, sowie die verschiedenen Zweiganstalten von Berufsvereinigungen, von denen 13 den Vaugemeinschaftsvereinigungen und eine der Seeverbände angegliedert sind.

Die gewerblichen Berufsvereinigungen wurden seit 1912 um zwei vermehrt, ihre Zahl beträgt nunmehr 63. Es wurden neu gebildet eine Detailhandelsberufsvereinigung und eine Versicherungsvereinsvereinigung für Privatfahrzeuge und Reittierbesitzer. Die gewerbliche Unfallversicherung umfaßte 828 335 Betriebe (1912: 782 603) mit durchschnittlich 10 630 437 Personen (10 178 577) oder 9 478 233 Vollarbeitern (9 011 570). Die Aufsicht über die Versicherung unterstellten Betriebe wird von 336 technischen Beamten ausgeübt.

Für die Land- und Forstwirtschaft bestehen 49 Genossenschaften. Die tatsächliche Zahl der versicherten Betriebe und die der Versicherten wird nicht festgestellt. Es soll für die landwirtschaftlichen Genossenschaften schwierig sein, diese Zahlen zu ermitteln. Bei der Angabe über die Betriebe und Personen wird zurückgegriffen auf die Ergebnisse der Betriebsstatistik 1907. Für 1913 wird die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe auf 5 435 800 und die der versicherten Personen auf 17 403 000 festgestellt. Gegenüber der hohen Zahl der Betriebe ist die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten außerordentlich gering, sie beträgt nur 63.

Von den Reichs-, Staats-, sowie gemeindlichen Ausführungsbehörden werden für 1913 1 071 054 versicherte Personen (1 032 028) oder 854 501 Vollarbeiter (799 247) nachgewiesen. Von den vierzehn Zweiganstalten liegen Angaben über die Zahl der Versicherten nicht vor, sondern nur solche über Vollarbeiter. Jedoch sind auch diese Angaben unvollständig, da Bauarbeiter, die einzeln genommen weniger als sechs Tage in Anspruch nehmen, bei der Berechnung der Vollarbeiter nicht zum Ansatz kommen. Soweit Angaben gemacht wurden, betrafte sich die Zahl der Vollarbeiter bei den vierzehn Zweiganstalten auf 80 258.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen circa 3,3 Millionen Versicherte als doppelt gezählt erscheinen, dürfte die Gesamtzahl der im Jahre 1913 gegen Unfall versicherten Personen rund 26 Millionen betragen.

Die zusammenfassende Darstellung der Rechnungsergebnisse aller Träger der Unfallversicherung läßt erst mit erschwerender Deutlichkeit erkennen, welche große Opfer an Leben und Gesundheit alljährlich das werltätige Volk im Dienste der Arbeit zu bringen hat. Es kamen 1913 insgesamt 789 373 Unfälle (742 422) zur Anmeldung, und zwar bei den gewerblichen Versicherungsträgern 581 211, bei den landwirtschaftlichen 139 457, bei den Ausführungsbehörden 66 163 und bei den Zweiganstalten 2012. Auf je 1000 Versicherte kamen 1913 27,04 gemeldete Unfälle gegen 26,04 im Vorjahre. Die amtliche Statistik bemerkt zu diesen Zahlen, daß sie im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, da ein Teil Unfälle — der bei den einzelnen Berufsvereinigungen bald größer, bald kleiner sein dürfte — trotz der gesetzlichen Meldepflicht nicht zur Anmeldung kommt.

Die Unfallschwere und die Unfallsfolgen sind nur zu erkennen auf Grund der von den Versicherungsträgern gemachten Angaben über die im Laufe des Jahres erstmalig entschädigten Unfälle. Es handelt sich hierbei um alle Unfälle, die ernstere Folgen nach sich ziehen, die entweder einen tödlichen Ausgang nahmen oder mindestens einen über 13 Wochen hinausgehenden Heilungsprozeß erforderlich machten. Es kamen 1913 insgesamt 139 653 Unfälle (137 059) zum erstmaligen Entschädigung, es entfielen demnach auf je 100 gemeldete Unfälle 17,69 (18,47) entschädigte. Unter den Verletzten waren 114 237 männliche und 25 236 weibliche erwachsene Personen, ferner fielen den Unfällen zum Opfer 5170 jugendliche Personen (unter 16 Jahren), darunter 650 weibliche. Von den entschädigten Unfällen kommen auf die gewerblichen Berufsvereinigungen 74 978 (74 488), auf die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen 58 251 (56 445), auf die Ausführungsbehörden 5529 (4994) und auf die Zweiganstalten 875 (1162).

Von den 139 653 Unfällen nahmen 10 293 (10 800) einen tödlichen Ausgang, 888 (908) zogen eine dauernde völlige und 45 751 (46 200) eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit nach sich. Bei 82 721 (79 590) Unfällen trat nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit ein. Die 10 293 tödlich verunglückten Personen hinterließen insgesamt 20 608 Angehörige, für die sie zu sorgen hatten, und zwar 6503 Witwen (Witwer), 13 699 Kinder oder Enkel und 406 Eltern oder sonstige Verwandte aufsteigender Linie.

Die an erwerbsunfähig Verletzte gezahlten Entschädigungen betragen 137 066 613 M., davon kommen 11 815 182 M. auf Heilbehandlung. Als Entschädigungen für tödlich Verletzte wurden 88 284 158 M. verausgabt. Im Durchschnitt entfiel auf jeden im Jahre 1913 entschädigten Verletzten eine Entschädigungssumme von 173,53 M. Den höchsten durchschnittlichen Entschädigungssatz weisen die Ausführungsbehörden mit 285,90 M. und den niedrigsten Satz die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen mit 80,21 M. auf. Von den weiteren Ausgaben der Unfallversicherung wären noch hervorzuheben die Kosten für Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen im Betrage von 6 212 082 M., eine Ausgabe von 2 739 876 M. für Unfallberühmung, 1 502 884 M. Kosten für Rechtsprechung und 20 035 285 M. für die Verwaltung.

Die Gesamtansgaben für die Unfallversicherung betragen 1913 228 155 121 M. (225 211 461 M.). Das Gesamtvermögen beliefert sich auf 596 374 938 M., davon befinden sich 381 373 805 M. in den gewerblichen Berufsvereinigungen mit 167 167 390 M., die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen mit 43 205 812 M., die Ausführungsbehörden mit 14 414 377 M. und die Zweiganstalten mit 2 814 302 M. — (Fortsetzung folgt.)

Von der österreichischen Tabakregie.

Die österreichische Tabakregie gibt folgendes bekannt: In der Versorgung des Publikums mit verschiedenen Zigarettenmarken haben sich in Oesterreich während des Krieges vielfach Schwierigkeiten ergeben. Seitens der Regieverwaltung wird darauf hingewiesen, daß die Ansprache an die Tabakregie seit Kriegsbeginn sich gesteigert haben, und zwar durch größeren Verbrauch der Armee im Felde durch die Liebesgabenaktivität. Dieser Verbrauchssteigerung — der Verschleiß der Zigarettenorten Sport, Drama, Ungarische ist im Mai 1915 gegenüber Mai 1914 um nahezu 60 Millionen Stück, der Verschleiß der genannten drei Zigarettentabake um fast 3 1/2 Millionen Päckchen, entsprechend ungefähr 80 Millionen Zigaretten, gestiegen — steht nun eine unfreiwillige Betriebsbeschränkung infolge der Kriegseingriffe gegenüber. So waren vier galizische Fabriken (Binnick, Monasterzyna, Jagielnica, Zablotow) in russische Hände gefallen, und wenn auch zwei derselben wieder zurückerobert sind und die Rückgewinnung der beiden anderen bevorsteht, so läßt sich doch der Betrieb in bezüglichen rekonstruierten Fabriken wegen der großen Zerstörungen und Verwüstungen, die der Feind planmäßig angerichtet hat, nicht sofort wieder herstellen. Zwei Fabriken aber (Sacco, Rovigno) feiern infolge der durch den italienischen Krieg notwendig gewordenen Räumung gefährdeter Gebiete. Dazu kommen die Schwierigkeiten infolge der fühlbaren Reduktion der Beamten und qualifizierten Arbeiter, da die Tabakregie dem Verlangen der Heeresverwaltung bei den militärischen Einberufungen und Musterungen bis an die Grenze der Möglichkeit entgegengekommen ist. Getreu ihrer ausgezeichneten Tradition hat die Tabakregie alles vorgekehrt, um die Fabrikation mit dem Verbrauch auch bei den notleidenden Fabriken raschest in Einklang zu bringen. Unterdessen werden dem Publikum andere Sorten als Ersatz empfohlen.

Berichtigung.

In der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter ist der Notiz „Durchschnittslöhne“ eine Tabelle der Berufsvereinigungen beigefügt; der Tabelle ist irrtümlich eine Ueberschrift gegeben worden, die, wie aufmerksame Leser auch gefunden haben werden, gar nicht zu ihr paßt. Die von uns veröffentlichte Tabelle ist nur ein Teil einer Tabelle der von der Generalkommission veröffentlichten Zusammenstellung. Nur auf diese ganze Tabelle würde die Ueberschrift zutreffen. Der von uns veröffentlichte Teil der Tabelle bedurfte nach der vorausgegangenen Erklärung einer besonderen Ueberschrift überhaupt nicht.

Gestorben:

- Gefallen am 2. August in Rußland der Widelmacher Karl Pötener aus Pölig, 28 Jahre alt. Kollege Wiener war 2. Bevollmächtigter der Zigarettenfabrik G. H. N. S. A.
- Gefallen am 7. August in Rußland der Zigarettenarbeiter Moritz Kroneberg aus Nordhausen, 31 Jahre alt (Zahlsstelle Nordhausen).
- Gefallen in Rußland der Raufabrikant Karl Dötcher aus Nordhausen, 33 Jahre alt (Zahlsstelle Nordhausen).
- Gefallen am 15. August in Rußland der Zigarettenarbeiter Hugo Birth aus Erdmannsdorf, 30 Jahre alt. Kollege Birth war 2. Bevollmächtigter der Zigarettenfabrik Erdmannsdorf.
- Gefallen am 17. August in Rußland der Zigarettenarbeiter Paul Müller aus Dahme, 38 Jahre alt. Kollege Müller war 2. Bevollmächtigter der Zigarettenfabrik Dahme.
- Gefallen am 18. August der Bekleber Gottfried Papp aus Hamburg, 28 Jahre alt (Zahlsstelle Hamburg-Altona).
- Am 30. August starb zu Laß der Zigarettenarbeiter Karl Dürr aus Laß.
- Am 3. September starb zu Altenburg Marie Hartmann aus Altenburg, 75 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Truffrei

A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postämteramt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Altona, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Aufsatz bestimmte Aufschriften sind an Emil Altona, Altona-Ottensen, Friedensallee 46, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Gau Offenburg und Gau Karlsruhe. Den Verbandsfunktionären und Mitgliedern der zum Gau Offenburg und Gau Karlsruhe gehörenden Zahlstellen zur Nachricht,

daß unser Gauleiter, Kollege Georg Durban-Offenburg, nunmehr zum Generalsekretär eingezogen worden ist.

Wir ersuchen alle in Betracht kommenden Verbandsfunktionäre und Mitglieder, hierüber Kenntnis zu nehmen und alle für die Gauleitung bestimmten Zuschriften, Anträge und Berichte an den Vorstand in Offenburg zu richten.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, Z. = Zurückgezahlte, S. = Sockellasse): 4. August: Opatz B. 80, — 27. Döbeln B. 250, — 28. Kellinghusen B. 100, — Breslau B. 300, — Magdeburg B. 200, — Pflungstadt B. 80, — 29. Saizungen B. 120, — Rheda B. 100, — Bernburg B. 150, — Freiberg B. 350, — Liebischwitz B. 230, — Destrungen B. 20, — B. 45, — Brake i. Lippe B. 45, — Ruffloch B. 10, — 30. Lobenstein B. 3, — Kelling B. 50, — Oranienbaum B. 150, — Erfurt B. 100, — Brandenburg B. 50, — Neheim B. 150, — Wörlingen B. 40, — Leipzig B. 110, — Klein-Neheim B. 80, — Wörlingen B. 300, — Woltersdorf B. 60, — Altenburg B. 200, — Jauer B. 50, — Dresden B. 1000, — Greiz B. 50, — Pirna B. 100, — Schmolln B. 150, — Goldberg B. 150, — Grischheim B. 428, — S. 2,66. München B. 16,88. 31. Osnabrück B. 50, — Cöthen B. 60,70. Berlin B. 500, — Rathenow B. 6,45. Gera B. 75, — 1. September: Minden B. 100, — Hanau B. 10, — Landsberg B. 85, — 2. Halberstadt B. 250, — Burgdam B. 300, — Bremen B. 250, — Wernigerode B. 150, — 3. Hamburg B. 100, — Berlin B. 300, — Gertrudbach B. 28,80. Bremen, den 6. Septbr. 1915. W. Nieder-Welland.

Wrechnung vom 2. Quartal ging noch ein aus dem: S. Gau, Karlsruhe: München.

Adressen-Änderungen.

Max i. Schl. (11): Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Paul Masche, Freiheit 22, zu senden.
Gr. Müden (2): Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Carl Bülm, (Zig.-Arb.), Freiheit, zu senden.
Cöthen (2): Alle Zuschriften sind an Kurt Moldenbauer, Ludwigstraße 31, zu senden.
Derlinghausen (4): 2. Bev. Carl Lange, Jägerstr. 5.
Dietsheim (5): Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Peter Jof. Deß, Friedhofstr. 26, zu senden.
Der Verbandsvorstand.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ein tüchtiger Sortierer und eine Sortiererin zum sofortigen Eintritt. Nachfragen: Arbeitsnachweis der Sortierer, Adresse: Max Bernhardt, Dresden-Pieschen, Braunschweigerstr. 8, III.
15 Zigarrenarbeiter auf Formarbeit, Lohn 11,50 M bis 16 M, einschließlich Heizungszulage, und 3 Zigarrenarbeiter auf Form, Lohn 10 bis 15 M bei freier Zurechtung. Kost und Wohnung 10 M, nach zwei Orten in Schleswig-Holstein. Nachfragen: Gauarbeitsnachweis Hamburg. Adresse: Gottl. Ostertag, Altona, Delfersallee 1.

Direkter **Tragant-Import** daher stets preiswerte Angebote

Bemusterte Offerte sofort gratis und franko

Ferner empfehle zum Kleben besonders schwerer Tabake

Echt engl. Amiac-Extrakt zu Originalpreisen

Engros Import Export

W. Hermann Müller Berlin O 27
Miegstraße 14

Unserem Kollegen **Heinrich Zschauer nebst Frau** zu ihrer am 12. Sept. stattfindenden **Silber-Hochzeit** die herzlichen Glückwünsche. Die Mitglieder der Zahlst. Eilenburg.

Jacob Hirsch jr. Mannheim B 1, 9. [10] Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft

BILLIGER DECKTABAK:
Sumatra-Decker, hell, 1. Sg. 420, 2. Sg. 260, 280, 330, mittel 240, alles Vollbl. Umblatt 1.70. Vorstenland-Decker, hell, 1. Sg., feiner Kehlroller 280, dunkel, Braßl-Gejag, 170, 210 M. Java-Umblatt 160, Einlage u. Umblatt 1.60. Brasil-Decker, 4-5 Pfd. bedend, igneew. Brand 240 M, Einlage u. Umblatt 1.60, 170, 180 M. Havanna-Einlage u. Umblatt 280, 300, 350 M. Versand nur gegen Nachnahme.

H. A. B. Hüsemann Bremen Hohentorstr. 105 Fernspr. 2880

Carl Roland, Berlin SO Kottbuserstrasse 4 Zur Herstellung von 1000 Stück feiner, igneeweiß brennender Zigarren offeriere ich:
2 1/2 Pfd. helles Sumatra-Stückblatt ... à 2. — = 5. — M.
4 Pfd. Java-Umbl., Vollbl., floter Brand, à 1.70 = 6.80 "
7 Pfd. Märker, 1913er Ware à 1.10 = 7.70 "
19.50 M.
ab 3% Skonto 0.60 "
18.90 M.

L. Cohn & Co. Berlin N, Brunnenstrasse 24 Gegründet 1870 **Rohtabake** Gegründet 1870

Grösste und älteste Spezialfabrik für vollständige Einrichtungen für Zigarrenfabriken

Soeben erschien:

Unser Modellbogen 208 über gebrauchte Formen Zusendung sofort kostenlos

Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformenlager. Jede Form sofort in neu und gebraucht am Lager

Unsere Liste 24 enthält sämtliche Einrichtungsgegenstände für Zigarrenfabriken

Hengloss & Maak Altona-Ottensen Sumatra-Umblatt, Vollblatt 1.50, 1.60, 1.70, 1.80 und 2 M. Java-Umblatt mit Einlage 1.35, 1.40, 1.50, 1.60 bis 2 M. Braßl-Umblatt und Einlage 1.60, 1.70, 1.80, 1.90 u. 2 M. Carmen 1.40 M, 1.50, 1.80. Domingo 1.40 M, 1.60, 1.80. Lige Blätter 1.80 M. verzollt m. 2% Skonto.

Leon Weil, Speyer Rohtabake, gegr. 1852 Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal täg. Postversand (Nachn.). Spezialofferte: Javadeck, Spada, M 2.30 p. 1/2 Ko. verz. sehr ergiebige 2. Vollbl., vorzügl. im Brand u. Geschmack. Sumatradeck: P. v. d. A., M 2.50, schneew. Brand, 3. Vollbl., allg. gemein beliebtes, sehr vorteilhaftes Deckmaterial.

W. Sternberg Danzig, Tischergasse 37

Geleijene Tabak-Arbeiter bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Hermeking & Boy Berlin N., Brunnenstrasse 183 bieten als ganz besonders billig an: **Sumatra-Decken** Vollblatt, helle, schöne Farben, sehr grosse Deckkraft, 3te Länge 225 M.
2. Länge Vollblatt, feine helle Farben, große Deckkraft, vorzüglicher Brand, nur 300 M., hell mattfarbig 350 M., 550 M., hell Sandblatt 550 M., hell feinfarbig, edel 550 M. Vorstenland-Decken, Vollbl., 225 u. 300 M. Java-Umblatt à 170, 180, 190, 200 M. Java-Einl. m. Umbl. à 145, 150, 165 M. Carmen, Blatt, à 150, 170 M. Brasil, St. Felix à 190, 225. Preise per 1/2 kg. verzollt mit 3% Vergütung. Versand unter Nachnahme.

Druckfachen liefert schnell und billigst **J. S. Schmalfeldt & Co.** Bremen.

Soeben erschien der neue **Rohtabak-Katalog September 1915**

:: Verlangen Sie sofort Frankozusendung ::

Die hervorragende Preiswürdigkeit und die besondere Reichhaltigkeit der Angebote machen meinen Katalog zum **wertbehrlichen Berater bei Einkäufen**

Bestellen Sie bei jedem Bedarf Muster meiner Angebote!

Die **Grosszügigkeit** meiner Einkäufe macht es mir stets möglich, Sie besonders preiswert zu bedienen

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse schnellstens Muster!

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Alle Bedarfsgegenstände für Zigarrengegeschäfte